

Neue

# Wärichler Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes.

Organ sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgeossen, sowie der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. (C. H.)

Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstraße.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis 1 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Post-Nummer: 4117.

Herausgeber: W. Gramm, Hamburg. Verantwortlicher Redakteur: Rich. Müller, Hamburg. Inserate werden in der Expedition dieser Zeitung und bei C. Jensen & Co. in Hamburg, Paulstr. 36, angenommen.

Inserate für die dreispaltige Petuzeile über deren Raum 25 Pf., bei Wiederholungen Rabatt, für Stellenvermittlung 10 Pf. per Petuzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Viel Lärm um Nichts.

Bekanntlich wird im kommenden Sommer in Berlin eine „Deutsche allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung“ stattfinden, auf welcher alle die Einrichtungen vorgeführt werden sollen, die bis jetzt erdacht und bestimmt sind, die mit der Handhabung und Bedienung der verschiedensten Trieb- und Arbeitsmaschinen verknüpften Gefahren für Leben und Gesundheit der beteiligten Arbeiter zu beseitigen beziehungsweise zu vermindern. Die allgemeine Einführung und praktische Anwendung der besten solcher Schutzvorkehrungen soll durch diese Ausstellung wesentlich gefördert werden. Es ist das zweifellos ein sehr löbliches Unternehmen, dem nur zu wünschen ist, daß es seinen Zweck möglichst vollkommen erreiche. Hierbei sei jedoch, beiläufig bemerkt, daß man sehr irre gehen würde, wenn man annehmen wollte, das Projekt dieser Ausstellung sei lediglich der Humanität und dem Mitgefühl mit den durch den Maschinenbetrieb an Leben und Gesundheit gefährdeten Arbeitern entsprungen. Einen mindestens gleich großen Teil Ursache an dem Zustandekommen dieses Unternehmens, als ihn die Rücksicht des Unternehmers und Fabrikantenthums auf Leben und Gesundheit der Arbeiter bildet, trägt der erstere Rücksicht auf den eigenen Geldbeutel. Seitdem nämlich das Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, bedeutet jedes zerstückerte Bein und jeder abgerissene Arm eines Arbeiters für dessen Arbeitgeber, wenn auch keine besonders hohe, so doch immer eine gewisse Ausgabe. In den Einladungen zur Beteiligung an der Ausstellung ist seinerzeit auch mit auf diesen Umstand hingewiesen worden.

Doch das nur so nebenbei. Die Ausstellung als solche kümmert uns heute überhaupt weniger, als ein anderes mit ihr nur indirekt zusammenhängendes Vorkommniß. Ein Vorkommniß, von dem die gesammte „gutgesinnte“ Presse, von der „Norddeutschen Allgemeinen“ an bis herab zum „Gewerkverein“, einen Summus gemacht hat, als wäre wunder was für ein weltgeschichtliches Ereigniß geschehen, dessen ganze Bedeutung aber so minimaler Natur ist, daß wir das Ausheben, was von der Sache gemacht wird, nicht treffender zu bezeichnen wissen, als mit der obigen Ueberschrift dieser Zeilen.

Vor kurzem war nämlich der Präsident des Reichsversicherungsamts, Bödiker, in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident der genannten Ausstellung, und der Vorsitzende des Ausstellungskomite's, Direktor Köstke, beim deutschen Kaiser, um sich für dessen Uebernahme des

„Protectorats“ über jene Ausstellung zu bedanken. Und wie es ja nun ganz selbstverständlich war, daß bei dieser Gelegenheit der Kaiser mit seinem Besuch nicht von Hagenjagd oder Pferdezug reden konnte, sondern über die Sache, welche die Herren zu ihm geführt, ein paar Worte gewechselt werden mußten, so geschah es auch.

Nach übereinstimmenden Berichten der verschiedensten Blätter soll der Kaiser, nachdem er sich eingehend über den Stand der Ausstellung hatte Bericht erstatten lassen, unter Anderem gesagt haben:

„Er habe das Protectorat gerne übernommen, weil ihn die Arbeiterschutfrage seit lange interessire. Er beabsichtige demnächst und ganz unvermuthet durch den Augenschein von den inneren Zuständen einzelner Fabriken sich zu überzeugen. Dies würde wohl zur Folge haben, daß sich in gewissen Kreisen so etwas wie Furcht verbreiten würde. Etwas Furcht könne unter Umständen aber auch durchaus nicht schaden.“

Auf die ihm gemachte Mittheilung, daß bei der Ausstellung auch Maschinen im Betrieb vorgeführt werden sollen, um daran zu zeigen, daß die Schutzvorkehrungen den Arbeitern nicht hinderlich bei der Arbeit wären, soll er bemerkt haben:

„Nicht wahr, die Arbeiter haben eine gewisse Scheu davor, ähnlich wie die Matrosen, wenn sie sollen schwimmen lernen, da sie es beim Schiffbruch für nutzlos halten? Dieses Gefühl muß überwunden werden.“

Des Ferneren soll er seine Freude darüber geäußert haben, daß die Initiative zur Ausstellung aus den Kreisen der Industrie selbst hervorgegangen sei, weil damit das Interesse der Arbeitgeber für die Sicherheit der Arbeiter dokumentirt sei. Dabei soll er gesagt haben:

„Es käme überhaupt darauf an, den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ein gleichberechtigter Stand wären und alseitig als solcher anerkannt würden; nur dann würde es gelingen, sie der Sozialdemokratie zu entfremden.“

Was uns an diesen Ueßerungen des Kaisers am meisten interessirt, ist die Bemerkung, daß es bei den Fabrikanten Furcht erwecken werde, wenn bekannt würde, daß er ganz unvermuthet die Fabriken inspizire. Wenn sich der Kaiser wirklich in diesem Sinne ausgesprochen hat, so würde das beweisen, daß er eine sehr schlechte Meinung von den Fabrikanten zu haben scheint. Denn „Furcht“ bekommt doch nur Derjenige, der ein schlechtes Gewissen hat. Auf diesen Fall

angewendet, derjenige Fabrikant, welcher durch Nichtbeachtung jedweder Schutzvorrichtungen und dergleichen Leben und Gesundheit seiner Arbeiter in frivolster Weise auf's Spiel setzt. Und so etwas kann doch bei unseren Fabrikanten, deren Herzen alle von der pursten reinsten Menschen- insbesondere Arbeiterliebe erfüllt sind, nicht vorkommen. Oder doch?!

Uebrigens bezweifeln wir auch aus anderen Gründen, daß die kaiserliche Fabrikeninspektion die erwartete Wirkung haben und die Fabrikanten in Angst und Furcht versetzen wird. So hoch und so umfassend wir uns auch das Wissen und die Bildung des Kaisers denken, so vermögen wir doch nicht daran zu glauben, daß er im Stande sein sollte, bei Besichtigung irgend einer Fabrik auch sofort die darin herrschenden Mängel zu erkennen. Dies um so weniger, da diese Besichtigungen doch nur flüchtig sein werden, weil ihm zu einem eingehenderen Studium die Zeit fehlen dürfte. Aus demselben Grunde wird auch nur sehr wenigen von den Tausenden von Fabriken Berlins und Umgegend die Ehre einer kaiserlichen Revidirung zu Theil werden können.

Aus diesen Gründen vermögen wir auch der Kundgebung des Kaisers nach dieser Richtung keine besondere Bedeutung beizumessen. Und in Bezug auf seine übrigen oben wiedergegebenen Ueßerungen? Nun, sagen wir's gerade heraus, — auch da nicht.

Aus der Versicherung des Kaisers, daß er sich für die Arbeiterschutfrage seit lange interessire, etwa schließen zu wollen, daß nunmehr die Reichsregierung ihren Widerstand gegen die vom Reichstag beschlossenen Arbeiterschutbestimmungen aufgeben würde, das wäre einfach lächerlich. Wir sind überzeugt, daß der Kaiser, als er von Arbeiterschutz sprach, weder an Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, noch an Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit, noch an gewerbliche Schiedsgerichte oder an Maximalarbeitszeit gedacht hat. Er hatte lediglich die technischen Schutzvorrichtungen beim Fabrikbetrieb im Auge.

Und auch in Bezug auf diese Schutzvorrichtungen will es uns scheinen, als mache sich der Kaiser eine falsche Vorstellung über die Ursachen der Abneigung oder Nichtbeachtung der Schutzmaßnahmen seitens vieler Arbeiter.

Diese vielfache Nichtbeachtung geschieht nicht aus Scheu, wie solche vielleicht mancher Matrose vor dem Schwimmern hat, sondern aus ganz anderen Ursachen. Zunächst macht die immerwährende Gegenwart von Gefahren den Menschen



nach und nach damit vertraut und gleichgültig; er stumpft für sie ab, was um so leichter und häufiger geschieht, je länger die Arbeitszeit und anstrengender die Arbeit ist. Es ist notorisch, daß die meisten Unglücksfälle des Abends vorkommen, wo die Arbeiter körperlich und geistig ermüdet und abgelenkt sind. Also würde auch nach dieser Richtung die Verkürzung der Arbeitszeit die beste Schutzmaßregel sein.

In gleichem oder noch höherem Maße, wie die vorerwähnte Ueberarbeitung und Abstumpfung gegen die Gefahren des Fabrikbetriebes, bildet die Akkordarbeit die Ursache der Nichtbeachtung oder Gleichgültigkeit seitens der Arbeiter gegenüber den Schutzvorrichtungen.

In sehr vielen, wenn nicht den meisten Fällen hindern die Schutzvorrichtungen thatsächlich bei der Arbeit. So ist z. B. um nur einen Fall anzuführen, bis heute noch keine Erfindung gemacht worden, welche einen wirksamen Schutz gegen die großen Gefahren bei der Arbeit an der Kreissäge böte, ohne nicht gleichzeitig ein Hinderniß für den Arbeiter zu sein. Daher kommt es auch, daß durch die Kreissägen mehr Unfälle vorkommen, als durch irgend eine andere Maschine.

In den meisten Fällen arbeitet der die Maschine bedienende Arbeiter in Akkord und zwar bei so niedrigen Lohnsätzen, daß er alle Vortheile zu Hilfe nehmen muß, um das zum Durchkommen Nothwendige zu verdienen. Und da ist nichts natürlicher, als daß die hinderlichen Schutzvorrichtungen bei Seite geschoben werden, selbst auf die Gefahr hin, die gesunden Knochen dadurch einzubüßen. Wir sind daher der Meinung, daß beim Arbeiten an Maschinen die Akkordarbeit vollständig verboten werden müßte. Ein solches Verbot würde eine ungleich bessere Schutzmaßregel sein, als jeder Hadkasten, Schutzblech und dgl.

Wird aber der Kaiser, als er von Arbeiterschutz sprach, an ein solches Verbot gedacht haben? Wir hegen Zweifel.

Und was nun endlich die kaiserliche Erklärung betrifft, daß es nothwendig sei, den Arbeitern die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie ein gleichberechtigter Stand wären und auch alleits als solcher anerkannt würden, so sind wir auch nicht geneigt, ihr die Bedeutung beizulegen, wie es sogar von einzelnen Arbeiterblättern geschieht, und welche an dieses „Kaiserwort“ die Hoffnung zu knüpfen scheinen, daß nunmehr den Ausnahmegesetzen, Streikerlassen, Drangsalirungen und Verfolgungen von Arbeitervereinen usw. die letzte Stunde geschlagen habe. Wir theilen diese Hoffnung nicht. Nicht deshalb, daß wir etwa in die Aufrichtigkeit der Worte des Kaisers Zweifel setzen, daß sei ferne von uns, sondern deshalb, weil wir durchaus nicht einsehen, warum der Kaiser nicht von der Ueberzeugung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den andern Ständen durchdrungen sein sollte, auch ohne eine Aenderung der Reichspolitik gegenüber den in der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommenden Bestrebungen eines Theiles des deutschen Arbeiterstandes für nöthig zu halten.

In Gesetz und Verfassung ist die Gleichberechtigung des Arbeiters überall anerkannt. Es steht nirgends geschrieben, daß kein Arbeiter Minister oder General werden dürfe. Auch das auf Grund des Sozialistengesetzes nur Arbeiter bestraft und ausgewiesen werden könnten, steht ebenso wenig geschrieben, als daß der § 153 der Gewerbeordnung mit seiner „Vertragsklärung“ nur auf die Arbeiter anzuwenden sei. Und wenn sich nun die Dinge im praktischen Leben so gestalten, daß es scheint, als nehme der Arbeiterstand eine Sonderstellung im Staate ein, so wird das halt an den Arbeitern selbst liegen. Warum sind sie so dumm und beschränkt, daß sie zu einem Minister oder General nicht brauchbar? Warum werden sie Sozialdemokraten, daß sie sich nicht einlassen empörten und ausweisen lassen? Und warum haben sie bei Arbeitseinstellungen die Streikbrecher von der Arbeit fern zu halten und dabei wegen Vertragsklärung, Nothigung, Be-

drohung usw. dem Strafrichter zu verfallen. Wenn sich Dergleichen Angehörige anderer Gesellschaftsklassen schuldig machen, so sind sie von derselben Strafe bedroht. Der kleine Umstand, daß die Interessen und die Lebenslage der anderen Klassen diese in der Regel nicht in die Lage bringt, mit den erwähnten Befehlen zu kollidieren, kommt hierbei nicht weiter in Betracht.

Also die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den übrigen Ständen ist faktisch, sie besteht dem Buchstaben des Gesetzes nach schon heute. Und weil dem so ist, so wird deswegen, daß sie der Kaiser nochmals betont hat, in den thatsächlichen Verhältnissen des Arbeiterstandes unter sich wie zu den andern Ständen auch keine wesentliche Aenderung eintreten.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß ein Königs- oder Kaisermand dem Arbeiterstand das allerhöchste Wohlwollen versichert, und trotzdem alle diese Versicherungen ebenso ehrlich und gut gemeint waren, wie die in Rede stehende neueste, so ist doch bisher in Bezug auf die materielle Lebenshaltung der Arbeiter im Großen und Ganzen Alles beim Alten geblieben. Und so wird es auch diesmal wieder werden.

Wir leben eben nicht mehr in einem absoluten Staate, wo der Wille des Herrschers, wenn auch nicht Alles, so doch Vieles vermag. Heute wird die Macht des Monarchen von andern Machtfaktoren beeinflusst und eingeengt. Und diese andern Machtfaktoren sind es auch, die dafür sorgen werden, daß aus der kaiserlichen Sympathie den Arbeitern kein Rosenbett erwächst. Aus diesem Grunde glauben wir auch, daß die in Rede stehende Kundgebung keine besondere Bedeutung hat und nannten deshalb den Lärm, der darum in der Presse gemacht wird und worden ist, einen Lärm um Nichts.

**Bereine und Versammlungen.**

Köln a. Rh. In der zum 25. Februar einberufenen Generalversammlung des Kölner Tischlervereins mit der Tagesordnung: 1. Besprechung wegen Anschlusses des Vereins an den Verband. 2. Verschiedenes, wurde mit 37 Stimmen gegen 22 Stimmen der Anschluß an den Deutschen Tischlerverband beschlossen. Wie bekannt, gehörte der Verein bis zum Schlusse des Jahres 1887 dem Verbande an, bis derselbe, um den von beherrschter Seite in den Weg gelegten Schwierigkeiten und Hindernissen eventuell der gänzlichen Schließung von höherer Hand zu entgehen, sich zum Austritt aus dem Verband gezwungen sah. Anlaß zum Austritt gab damals ein dem Verein zugegangenes Schreiben von der königl. Polizeidirektion, worin die damalige Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes als eine zu einer ausländischen Versicherungsgesellschaft, welche in Preußen nicht als solche angemeldet, zugehörige Zahlstelle bezeichnet wurde, mit der gleichzeitigen Meinung, innerhalb vier Wochen bei dem Magistrat resp. Ministerium die Erlaubnis des Bestehens der Zahlstelle nachzuweisen, oder sich vom Verbande zu trennen, widrigenfalls dieselbe aufgelöst würde. Da nun mit dem 1. Januar 1888 ein neues Verbandsstatut in Kraft getreten war, wurde der Vorstand beauftragt, der königl. Polizeidirektion die Mittheilung zu machen, daß der Verband überhaupt seit dem 1. Januar 1888 unter den früheren Formen nicht mehr existiere. Die Pflichten und Rechte der Mitglieder welche in dem Charakter einer Versicherungsgesellschaft unbedingt vorhanden sein mußten, beständen nicht mehr wie früher, sondern es seien an Stelle der Pflichten oder statutenmäßiger Beiträge freiwillige Geschenke, und an Stelle der Rechte oder statutenmäßiger garantirter Unterbringungen wären freiwillige Geschenke seitens des Verbandes oder seiner Zahlstelle gesetzt. Es wurde bei dieser Beauftragung noch besonders betont, daß wir alsdann Gelegenheit hätten, das neue in Kraft getretene Statut sofort zu erproben. Im Anschluß hieran wurde eine Generalversammlung auf den 22. Januar 1888 anberaumt mit der Tagesordnung: Bericht über den Verlauf der Verhandlungen des Vorstandes mit der Behörde wegen Abtrennung vom Verbande. Da bis zu dieser Generalversammlung keine Antwort von der Behörde eingelaufen und die festgesetzte Frist, die Woche, verstrichen war, wurde einstimmig der Austritt aus dem Verbande beschlossen. Daß der Verein seit der Zeit erheblich zurückgegangen ist, läßt sich nicht leugnen, aber trotzdem war in einer öffentlichen Tischlerer-amalung vorigen Jahres, wo ein Delegirter zum Kongreß gewählt werden sollte, und die von fast 400 Personen besucht war, die größte Majorität für lokale Organisation im Sinne der Fessler'schen Lehrlinge-Anstalt, daß diese der Organisation fernstehenden Kollegen (Der Organisation gehörten die meisten Kollegen, welche für lokale Organisation gestimmt hatten, nicht an) sich der hieselbst bestehenden Organisation anschließen und sie so allmählich nach ihrem Sinne umgestalten, sogar dieselben es vor, in der Öffentlichkeit sich einmal hervorzuheben, um nachher wieder der Organisation den Rücken zu kehren; dies beweist schon

die Thatsache, daß die öffentliche Tischlererversammlung, in welcher der Delegirte Bericht erstattete, von nur circa 80 Kollegen, meistens Fachvereinsmitgliedern, besucht war. — Daß die Organisation hier am Orte noch so schwach ist, liegt schon vielfach mit an den hiesigen Verhältnissen, aber ein großer Theil der hiesigen Kollegen trägt auch die Schuld mit, daß es nicht vorwärts geht. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Verhältnisse hieselbst im Allgemeinen sehr traurige sind und eine Aufbesserung dringend erscheinen lassen. Die 9stündige Arbeitszeit wird im Allgemeinen noch ziemlich eingehalten, trotzdem die hiesigen Rückwärtsger, die Innungsmeister, sich alle Mühe geben, die Arbeitszeit zu verlängern. Bei einigen Innungsmeistern beträgt dieselbe 11 Stunden täglich. Der Verdienst wird dann selbstredend so heruntergeschraubt, daß der Vortheil der Ueberarbeit den Meistern zu Gute kommt. Trotz der großen Faulust, die hier schon eine Reihe von Jahren vorherrscht, nimmt das Angebot von Arbeitskräften der Nachfrage derselben gegenüber so sehr überhand, daß im Winter bald ein Drittel der hiesigen Kollegen außer Arbeit ist. Was wohl als eine Folge der sich immer mehr ausdehnenden Maschinenarbeit anzusehen ist, und eine Verkürzung der Arbeitszeit eher am Platze wäre. Hoffentlich bringen die Kollegen der jetzigen Zahlstelle des Verbandes mehr Vertrauen entgegen, um alsdann Alle für Eines und Einer für Alle für die gerechte Sache der Arbeiter gegen die Ausbeutung des Kapitals zu Felde zu ziehen.

Bremerhaven. In der am Sonnabend, den 2. März, stattgefundenen Monatsversammlung wurde die Frage erörtert: Sollen wir uns dem Deutschen Tischlerverband anschließen, oder nicht? Zu diesem Zwecke hatte der Vorstand sich zwei Exemplare der Statuten des Deutschen Tischlerverbandes schicken lassen und wurden dieselben in der Versammlung gelesen und besprochen. Kollege A. B. A. aus Gaarden bei Kiel, welcher zufällig in der Versammlung anwesend war, hielt einen längeren Vortrag über die Möglichkeit einer zentralen Organisation gegenüber der lokalen. Da in unserm Fachverein die Ansichten für und gegen Anschluß noch sehr verschieden sind, so ist beschlossen worden, die Frage in der am 6. April stattfindenden Generalversammlung endgültig zu erledigen, getreu dem Grundsatz: Erst besinnen und dann beginnen. Das vom Fachverein begründete Arbeitsnachweilungsbureau ist am 1. März eröffnet worden, und hoffen wir, damit einen glücklichen Griff gethan zu haben, weil auf diese Weise die zurückreisenden Kollegen gleich mit dem Fachverein in Verbindung kommen. Sehr zu tabeln ist in unserm Verein, daß einige Mitglieder eine große Vorliebe für die Berliner „Tischlerzeitung“ besitzen. Angeblich sollen die Zeichnungen besser sein, wie die der „Neuen Tischlerzeitung“. Alles Neben seitens einiger älterer Kollegen, daß der Inhalt der Berliner „Tischlerzeitung“ doch für einen Arbeiter unmöglich nutzbar sein könne, scheint nicht zu fruchten. Hoffentlich kommen sie noch zur Einsicht und überlassen die Berliner „Tischlerzeitung“ ihrer Bestimmung als Wurfpapier.

Stuttgart. Am 9. Februar hielt der hiesige Fachverein der Schreiner seine diesjährige Generalversammlung ab. Der derselben vorgelegte Thätigkeitsbericht erstreckte sich auf die Jahre 1887 und 1888. Während dieses Zeitraumes fanden 50 Mitgliederbesammlungen und eine Generalbesammlungen statt. Der Besuch der Versammlungen ward als befriedigend bezeichnet. Außer Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurden 11 Vorträge und 3 Vorlesungen gehalten, sowie 5 Berichte vom Gewerbebeschiedsgericht gegeben. Außerdem wurden 1 öffentlicher Vortrag vom Verein allein und 8 solche gemeinschaftlich mit anderen Fachvereinen veranstaltet. Dess nützlich Schreinerbesammlungen wurden 4 einberufen. Die Pflege der Geselligkeit fand ihren Ausdruck in der Veranstaltung von 5 Ausflügen (zum Theil mit Tanz), 2 Stiftungsfesten, verbunden mit Weihnachtsfeiern und 1 Fastnachtskränzchen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt 162 — neu aufgenommen wurden 96 — zugereist (dem Verband angehörend) sind 61 Mitglieder. Von gemachten Ausgaben sind hervorzuheben Mk. 169 für Reiseunterstützung, Mk. 88 für die Bibliothek, Mk. 78 Zuschuß zum Abonnement der „Neuen Tischlerzeitung“, Mk. 74 für einen Rahmen mit Rußertafel in der verschiedenen Holzarten, Mk. 69 für Annoncen, Mk. 25 für Material zum Zeichenunterricht u. s. Die Gesamteinnahmen des letzten Jahres betragen Mk. 427 96. — Die Ausgaben Mk. 417 37. — Bei den Wahlen des Vorsitzenden, Kassiers und Schriftführers wurden die seitherigen Personen einstimmig wiedergewählt.

\*) Es ist wirklich das erste Mal, daß wir ein solches Urtheil über unsere Zeichnungs-Verlagen hören; bisher ist uns immer das Gegentheil davon gesagt worden, und zwar vielfach von Leuten, denen sonst der Punszopf unserer Berliner Kollegen besser gefällt, als der redaktionelle Inhalt unseres Blattes. Ob letzteres vielleicht auch bei den betreffenden Mitgliedern des Bremerhavener Fachvereins der Fall sein dürfte, können wir natürlich nicht wissen. Das abspredhende Urtheil desselben über unsere Zeichnungen überrascht uns zwar ein wenig, doch grämen thuen wir uns darüber nicht. Der Geschmack ist eben verschieden. Ebensovohl wie es möglich war, daß ein türkischer Gesandter in Wien das Stimmchen der Instrumente vor dem Konzert für das Schöne vom ganzen Konzert halten konnte, ebenso kann es auch an gehen, daß einem Tischler die Zeichnungen der Berliner „Tischlerzeitung“ in allem Grade besser gefallen, als die unsrigen. Derselbe hat keine Feindschaft.  
Anmerk. d. Red. d. „N. Tischl.-Ztg.“



Eiberfeld. Nachdem wir uns erst vor Kurzem ge- nlligt haben, die hiesigen Verhältnisse und besonders die Tätigkeit des hiesigen Innungsvorstandes einer Kritik zu unterziehen, fühlen wir uns schon wiederum veranlaßt, über ein Vorkommniß zu berichten, welches nur zu sehr die in unserm letzten Bericht vorkommenden Auslassungen bestätigt. Nachdem vor Kurzem Obermeister Jakob sein Amt als solcher niedergelegt hat, weshalb wissen wir nicht, möglich, daß er jetzt auf seinen Vor- tern ausruhen will, welche er sich im Kampfe gegen die Aufseher, so hat nämlich Herr Jakob in seiner bekannten liebenswürdigen Weise die die Interessen des Arbeiterstandes vertretenden Personen genannt, geholt hat. An dessen Stelle ist jetzt Herr Hartmann, der klassischste Vertreter des Popsthum, getreten, welcher sich in recht würdiger Weise in sein neues Amt eingeführt hat, wie gleich gezeigt werden soll. Derselbe hat längere Zeit einem Gelellen in Lohn beschäftigt, und trat plötzlich mit der Forderung an denselben heran, den Gegenstand, an welchem derselbe beschäftigt war, in Afford fertig zu machen, worauf derselbe jedoch nicht eingul- sondern, da Herr Hartmann diese Arbeit bereits als Aford in's Lohnbuch eingetragen hatte, diese Eintragung sofort durchstrich, worauf der Herr Obermeister dieses Blatt einfach herabrück, und diese Arbeit nochmals als Aford eintra, wodurch nun selbstredend Meinungs- differenzen entstanden, welche am hiesigen Gewerbe- richt ihren Abschluß fanden, und konstatirte der Gerichts- präsident selbst, daß ein Blatt des Buches heraus, eissen war, und wurde demzufolge Meister Hartmann verurtheilt, dem Gelellen M. 20 zu zahlen wogegen derselbe noch vier Tage arbeiten mußte. Einen häßlichen Eindruck muß dieser Vorfall jedenfalls auf jeden Rechthabenden machen, umsohr, als der betreffende Gelelle, nachdem er nach der Urtheilssprechung noch 2 1/2 Tag gearbeitet hatte, durch E. K. irung seiner A. bearbeiter gezwungen, noch vor der Zeit, ohne einen Pfennig erhalten zu haben, die Werkstatt verlassen mußte was jedenfalls auch kein allzuungünstiges Licht auf die betreffenden M. b. arbeiter wirft. Uebrigens haben wir noch zu unserer Beunruhigung konstatiren können, daß der Lige von hier eingehende Bericht seine Schuldigkeit g. than hat, denn in einer darauf stattgefundenen öffentlichen Versammlung haben sich mehrere der Herren Arbeitgeber sehr enthielt über den Inhalt desselben gezeigt, was uns aber jedenfalls nicht abhalten wird, auch in Zukunft unsere Interessen in energischer Weise zu vertreten.

Rundschau.

Der deutsche Tapeziererkongreß, welcher am 28. Febr. und 1. März in Dresden tagte und von 26 Delegirten aus den größeren deutschen Städten besucht war, hat sich in der Frage Zentralisation oder Lokalorganisation? zu Gunsten der ersteren entschieden und beschloßen, einen Allgemeinen deutschen Tapezierer-Verein zu gründen. Nach einem beglücklichen Bericht des Sächsischen Wochenblattes war auf dem Kongreß der Hauptgegner der Zentralisation und Verfechter der desentralen „Aufklärungs“-Theorie ein Herr Wildberger aus Berlin. (Wenn wir uns recht erinnern, haben wir seiner Zeit in irgend einem Blatte gelesen, daß derselbe mit in die Kommission gewählt worden ist, welche einen Lederarbeiterkongreß berufen soll und zu diesem Zweck den in Nr. 6 d. Bl. mitgetheilten famosen Rufus erlassen hat.) Nach dem Sächs. Wochenblatt hat sich dieser Herr Wildberger in seinen Ausführungen gegen die Zentralverbände auf die letzten Kongreß der Tischler und der Metallarbeiter berufen, welche sich auch für Lokalorganisation ausgesprochen hätten. Da dies doch bezüglich der Tischler ent- schieden nicht zutrifft, auch seiner Zeit wohl sämtliche Arbeiterblätter Berichte über den Tischlerkongreß gebracht haben, so ist uns unverständlich, wie Herr Wildberger zu seiner Behauptung kommt. Da uns dessen Adresse unbekant, so bitten wir unsere Berliner Leser, falls der Eine oder Andere sie kennen sollte, Herrn Wildberger doch diejenigen Nummern der „Neuen Tischlerzeitung“ zuzustellen, in welchen die Berichte vom letzten Tischlerkongreß enthalten, damit Herr Wildberger seine gewerkschaftlichen Meinungen berichten kann. Wir würden die betreffenden Nummern ebenfalls ersetzen.

Meister und Innungsmeister. Vor einiger Zeit hatte ein schlesischer Landrath einen Ukas erlassen, worin er jedem in seinem Landrathsbezirke wohnenden Gewerbe- treibenden bei Strafe untersagte, sich Meister zu nennen, ohne einer Innung anzugehören. Dies war selbst dem Fürsten Bismarck zu hart. In seiner Eigenschaft als preussischer Handelsminister erklärte er in einem Erlasse vom 2. November 1888, trotz der Entscheidung des Raumburger Oberlandesgerichts, daß nach § 149 Nr. 8 der Gewerbeordnung lediglich die unbeschränkte Bezeichnung der Bezeichnung „Innungsmeister“ unter Strafe gestellt werden sollte. Die Verwaltungsbehörden hätten sich jedes Einschreitens gegen Personen, welche sich den Titel „Meister“ beilegen, zu enthalten und die Personen auf die Befugnisse der Gerichte zu verweisen. Ob dieses Erlasses wird viel Heulen und Zähneklappen unter den Bürgern entstehen, denn er macht deren Freunde zu nichte, die ihnen das Raumburger Oberlandesgericht dadurch bereichte, daß es überhaupt keinen „Meister“ ohne Popf anerkennt wollte. Vielleicht läßt sich der Erlaß durch eine nochmalige Reise des Berliner Senatsaus- schusses auf Staatskosten nach Friedrichshagen wieder rück- gängig machen.

Polizei und Innung. Ein wenig polizeiliche Hilfe ist den Herren Innungsmeistern schon ganz angenehm,

besonders bei Arbeitseinstellungen. Die Polizei darf aber in ihrer Fürsorge nicht so weit gehen, daß der innungs- meisterliche Selbstbeuteln in Mitleidenhaft geräth. In diesem Falle können sogar Mustertürger, wie es die Innungs- meister sind, gegen die Polizei reitend werden, wie solches jetzt in Dortmund geschehen. Das „Viele- felder Volksblatt“ berichtet: Die Mehrzahl der Mit- glieder der Metallarbeiter-Innung, welche, wie berichtet, dieser Tage mit einem polizeilichen Strafmandat von M. 1.50 beehrt wurden, weil sie die Generalversamm- lungen nicht besucht hatten, wollen gegen eine derartige Maßregelung energischen Protest erheben, da sie gegen den Wortlaut des Statuts verstoßen soll. Auf heute Abend war deshalb eine engere Versammlung einberufen worden, in welcher man sich über die Art und Weise schlüssig zu machen gedenkt, welche Wege zur Abwehr solcher Maßregelungen einschlagen sei.

Wieder ein Schritt zurück. Das Berliner Polizei- präsidium hat eine Verfügung bekannt gegeben, wonach Arbeiter und Arbeiterinnen die Bewilligung zur Abhal- tung von Versammlungen, auch wenn der Erlaß derselben halsbedürftigen Personen der Kasse zulassen soll, nicht mehr ertheilt wird. Derartige Festlichkeiten sollen nach dem Erlaß außerhalb des Rohmens liegen, innerhalb dessen die Kassen ihre Wirksamkeit zu bekämpfen haben. Wie recht da der Bürgermeister von Saardam hat: eine hochwohlweise Polizei weiß Alles.

Abgeblüht. Maurer, welche in Gera und dem reu- fischen unterlande für ihre streikenden Genossen Gelder gesammelt hatten, waren von der Amtsanwaltschaft auf Grund des § 361, Abs. 4, angeklagt, wurden aber in beiden Instanzen freigesprochen, weil die Handlungsweise Jener sich nicht als „Betteln“ im strafrechtlichen Sinne charakterisiren lasse. Die Klage ist auf Antrag des libe- ralen Stadtrathes arhängig gemacht worden, der auch die gesammelten Gelder wegge- nommen hatte. Letztere wird der hochwohlweise Stadthauptling wohl nun wieder herausrüden müssen.

Technisches.

Um das Werfen des Holzes zu verhüten, empfehlen die „Leau. Mittheil. f. Materer“ das Tränken mit Copalivapallam. Selbst Gegenstände, die sich bereits auf einer Seite geworfen haben, sollen sich wieder gerade ziehen, wenn die entgegengesetzte Seite mit ge- nannter Flüssigkeit getränkt wird. Die Sache will uns noch nicht recht einleuchten. Vielleicht macht der Eine oder Andere unserer Leser einen praktischen Versuch und berichtet uns über den Erfolg, wir werden dafür dank- bar sein.

Reichmittel für Holz. Bekanntlich macht sich bei der Verarbeitung von Holz zu mancherlei Zwecken dessen Bleichung nöthig. So für Maßstäbe, Musikinstrumente, optische und chirurgische Apparate u. dgl. m. Auch wenn durch Beize dem Holz eine bestimmte reine und gleich- mäßige, namentlich hellere Farbe gegeben werden soll, empfiehlt es sich, es vorher zu bleichen. Als Bleich- mittel wird das Wasserstoffsuperoxyd angewendet. Nach dem „Holzarbeiter“ ist das Holz vor dem Bleichen zu dämpfen, wodurch ihm die Farbstoffe entzogen werden. Die Bleichbäder werden aus ein Quart dreiprozentiger Wasserstoffsuperoxydlösung und 20 Gramm Salmiakgeist hergestellt. Während des Bleichens wird diesem Gemisch von sechs zu sechs Stunden Salmiakgeist in dem Maße zugelegt, daß dasselbe alkalisch reagirt. Nach angestellten Versuchen soll es gelungen sein, 1-5 Millimeter starke Holzlplatten in zehn Tagen fast völlig weiß durchscheinend zu bleichen. Die Struktur des Holzes wird durch das Bleichen nicht verändert, die Maserung tritt schärfer aber ungesfärbt hervor. Die Widerstandsfähigkeit gegen Bruch und Bearbeitung änderte sich nicht, dagegen hat die Auf- lösungsfähigkeit zugenommen. Zum Bleichen des Resonanzholzes ist am besten das Baden in Wasserstoff- superoxyd durch 8-10 Tage.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. G. W. Dietz, ist jolten das 3. Heft des 7. Jahr- gangs erschienen.

Inhalt: Abhandlungen: Die Klassengegen- sätze von 1789. Zur hundertjährigen Gedenkfeier der großen Revolution. Von Karl Kautsky. (Fortsetzung.) — Die Rednergebnisse der deutschen Masal-Versa- amensschaften im Jahre 1887. — Emanuel Hans Egg Hausindustrie in Thüringen. III. Thil. Besprochen von Dr. Bruno Schönlank. — Jöben und Jöben- sen. Von Paul Ernst. — Zum sozialistischen Ge- schichts-Verlauf. — Literarisches Rundschau: Theodor Curti, Stimmungen und Gedanken. — Notizen: Statistik der Beibechen und Vergehen im Deutschen Reich von 1882 bis 1887. — Die Gemeinde- laken. — Die Riis in den englischen Trade Unions. — Der Verbrauch der Kohle. — Die Bevölkerung Ser- biens. — Die Maschinerie in der Baumwollspinnerei.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter Deutschlands. (G. S.)

Bekanntmachungen der Hauptkassirer. Die Abrechnung für das Jahr 1888 wird Anfangs April zum Versand gelangen. Dieselbe erscheint in Buchstabenform und enthält außer der Jahresabrechnung

nach die Abrechnung des vierten Quartals 1888 und die Abrechnung der Frauen-Sterbefasse für das Jahr 1888.

Ein jedes Mitglied, welches ein Interesse für die Kasse hat, sollte sich eine solche Abrechnung zulegen, umso- mehr, da der Preis derselben bei Bestellung von mehr als fünf Exemplaren nur 10 1/2 beträgt. Einzelne Exem- plare kosten 20 1/2, indem das Porto 10 1/2 beträgt.

Die Ortsverwaltungen werden aufgefordert, uns um- gehend die Anzahl der gewünschten Exemplare anzu- geben, damit wir in die Lage kommen, die Höhe der Auflage feststellen zu können.

Alle Bestellungen, welche nach dem 25. dieses Monats eingehten, können nur insoweit berücksichtigt werden, wie der Vorrath reicht. Also sorge ein Jeder bei Zeiten.

Beschüsse für Rechnung des ersten Quartals 1889 er- hielten in der Zeit vom 20. Februar bis zum 6. März folgende Orte: Strießen M. 200, Odesloe 100, Braun- schweig 300, Rast 300, Pasewalk 200, Schifferstadt 200, Rheingönheim 200, Hörde 120, Wadnang 100, Bam- berg 100, Veldenbör 200, Osterweddingen 100, Jagen- heim 70, Sillenbuch 50, Rüllchow 50, Hornberg 30, Pirna 200, Stettin 200, Schwab-Gmünd 150, N. p. 100, Ebenlehn 100, Waghershausen 100, Jwidau 100, Rüdighelm 75, Rabel 75, Wolfenbüttel 75, Schleißheim 100, Weiterstadt 100, Vattenhausen 100, Heidesheim 80, Reinscheid 75, Wittenberg 50, Lippoldshausen 50, See- heim 35, Gotha 200, Offenbach 300, Mödern 100, Al- selb 80, Bachheim 80, Schwalheim 50, Langenberg 50, Veißling 40, Darmstadt 200, Seupich 100, Hennes 75, Heusenstamm 70, Gr. Korben 60, Granchütz 50, Grün- wettersbach 40, Volkmarbör 200, Erlangen 200, Eutritsch 100, Gr. Zimmern 100, Hochstadt 100, Esger- hausen 60, Ralsch 50, Friedrichroda 60, Rairslau- tern 50, Billigen 42, Berlin D. 400, Berlin F. 400, Ludwigsbafen 300, Reutlingen 150, Etlingen 100, Hahloch 100, Haintchen 100, Kellnerbach 100, Koffheim 100, Theisen 100, Rummelsburg 100, Sedenheim 50, Arnstadt 75, Delsnitz 50, Meitersheim 25, Münter b. Cannstatt 50, Ritzbör 300, Finthen 150, Brühl b. Rölln 50, Gältrow 100, Landsberg b. Halle 75, Sprendlingen 50, Dieburg 100, Neuschönefeld 100, Herzogenaurach 70, Gutenberg 25, Würzburg 400, Esfurt 200, Müllthor 200, Wangen b. Göppingen 80, Lam- pertheim 60, Friesenheim 250, Göppingen 200, Oppau 150, Gleiberg 150, W. Hofen 100, Burg 100, W. B. Sch- neureuth 80, Ostersheim 80, Hederhausen 60, Rother- dimitz 50, Retsch 300, Wertenhausen 150, Zeitz 150, Reckbergshausen 100, Dauborn 100, Elmstein 100, Redarau 100, Hochheim 100, Schönau b. Heidelberg 100, Feudenheim 100, Rohrauer 50, Reichen 50, Carls- bafen 30, Wilhelmshausen 30. Summa M. 13382.

Krankengeld durch die Hauptkasse erhielten ferner: Brömel in Gschwenda M. 39.67, Marquardt in Hett- stedt 28.33, Laue in Weibersich 17, Hammelstein in Münster 25.50, Kolbitz in Odberrödingen 17, Barth in Hettstedt 42.50, Tennert in Cöthen 5.83, Wielock in Schöppensiedt 12.83, Claß in Ludwigsbör 28, Heinen in Ahrweiler 10, Büttner in Schreiberhau 11.66, Woden- fus in Mügenow (§ 16) 1.35, Genschow in Kaltenord- heim 14, Schuricht in Staßfurt 37.33, Mantwill in Brodersbör 28, Nidels in Ahrensbör 28, Wielemann in Edrath 23.40, Geisler in Ralsch (§ 16) 3.20, Schäffer in Sigmaringendorf 30.33, Giedow in Werschöw 35, Haader in Malchow 14.50, Fritß in Hegenlohe 21, Raup in Wirken 14, R. hmann in Ruhlra (§ 16) 9.20, Schömer in Dramburg 23.40, Ruhn in Hermsbör 29.25, Schwabe in Warichau 28, Bravand in Healerthal 11.70, Grufendorf in Wehhausen 14, Hoffmann in Dörrigheim 10, Fritßler in Gaildorf 26.33, Hoffmeister in Friedrichs- berg 17.05, V. hrens in Rastadt (§ 16) 250, Meyer in Kapf 40, Bosh in Goshach 21, Rohr in Drohe 17.47, Ohne in Hettstedt 20.67, Schüler in Neuenbör 18.60, H. He in L. nne 7.13, Obst in Warmbrunn 24.80, Eißl in Gülze (inkl. Sterbegeld) 78.27, Schüler in Haders- leben 13.33, Tischler in Möblau 24.80, Kroll in Oberlagau 4.13, Hahn in Rausbör 13.33, Klotz in Hettstedt 28.93, Köchel in Reichenbach 20.67, Büchel in Dielsbör 24.80, Groth in Ralsch 24.80, Diegelmann in Rühlhof 24.80, Beha in Wilhelmsheld 31, Kandelbacher in Gurnen 24.80, Jover in Dannenberg 20.60, Herbst in Schiebersbör 24.80, Schüler in Ralschheim 24.80, Val- biesky in Nicolai 24.80, Borchardt in Preetz 24.80, Schierstedt in Waren 24.80, Schedlbauer in Wittach 24.80, Veier in Radlin 24.80, Marcor in Rendsbör 23.30, Przytop in Hettstedt (Sterbegeld) 70, Kley in Wödrun 36.07, Reibbaum in Bufe 11.65, Bage in Perleberg 24.80, Fichtler in Grevenbörich (Stranenhau- 42.25, Schöder in Gleiwitz 12.40, W. n. in Alsbach 23.30, Ketz in Straßburg 16.59, Müller in R. andsed (Stranenhau) 70.85, Hestenthaler in Unversichach (§ 16) 4.80, Schönow in Wöllmische 11.65, Engler in Braun- denz (§ 16) 1.70. Summa M. 1756.48.

Ueberschüsse für Rechnung des ersten Quartals 1889 erhielten wir ferner: aus Chemnitz M. 800, Dresden (Altkod) 620, Rannabrim 400, Duenen 300, Ham- burg III 200, Hamburg IV 200, Stensbör 200, Buchau 200, Etegl 200, Nowames 200, Köln 200, Coblenz 200, Altenbör 200, Edingen 200, Blagwitz 200, Königs- berg 200, Schwastau 150, Reherstieg 180, Crefeld 150, Vichtenberg 150, Ragdeburg 150, Dursbör 120, Rau- hadenlehn 111.60, Brögen 100, Johannegeorgenstadt 100, Heidingsfeld 100, Wandsbeck 100, Blantenburg i. Th. 100, Wilhelmshausen 100, Berden 100, Gürlitz 100, Gold-



